

---

## „Gewerkschaften sind nicht die Caritas der Arbeitswelt“

Diskussion zwischen Heiko Geiling, Bernd Hof, Mechtild Jansen, Karl-Georg Zinn und Teilnehmern des Werkstattgesprächs „Arbeitsgesellschaft am Ende? Arbeit und Leben 2010“ über die Veränderungen der Erwerbsarbeit und die sich wandelnden Anforderungen an die Gewerkschaften\*

---

Jutta Roitsch: Der DGB-Vorsitzende hat heute vormittag einen Satz gesagt, den ich zitieren möchte: „Wir müssen die Zukunft der Arbeit neu denken unter der Leitfrage, wie beides möglich wird: sinnvolle Arbeit für alle und mehr Zeit zum Leben für alle.“ Meine Einstiegsfrage: Was ist eigentlich sinnvolle Arbeit für alle, und was ist eigentlich ein gutes Leben für alle? Insbesondere dann, wenn wir die Szenarien im Hinterkopf behalten, die Herr Klauder uns präsentiert hat.

Karl-Georg Zinn: Ja, wer sind „alle“? Vielleicht die Industrieländer? Das wären 14 Prozent der Weltbevölkerung, die allerdings ungefähr 75 Prozent des Weltsozialprodukts in den Händen halten? Oder geht es um die 85 Prozent in der Dritten Welt? Ich habe das Gefühl, daß es nur um jene wenigen Prozent in den reichen Ländern geht, möchte allerdings zu bedenken geben, was es hieße, wenn man den Begriff *alle* im Sinne der Menschheit ernst nähme.

Sinnvolle Arbeit sollte wohl zu einem erheblichen Teil das sein, was den Menschen gegenüber anderen Lebewesen auszeichnet, was seine Vernunft, seine geistigen Fähigkeiten beansprucht. Insofern wäre eine Entwicklung hin zu anspruchsvollen Arbeitsplätzen im tertiären Bereich durchaus positiv. Das Problem ist nur, ob es genügend Arbeitsplätze dieser Art gibt. Bevor man also über die vermutlich sehr begrenzte Zahl von Arbeitsplätzen mit sinnvoller und angenehmer Arbeit für alle spricht, müßte man tiefgehend auf die Frage antworten, warum es eine inzwischen seit ca. 20 Jahren steigende Massenarbeitslosigkeit in allen Ländern gibt, auch in solchen Ländern, die - wie die Bundesrepublik und Japan - zu den exportstarken gehörten und gehören. In den Megatrends sehe ich jedenfalls keine Erklärung oder gar Gewichtung. Ist der technische Fortschritt mittels Rationalisierung ausschlaggebend? Oder wird die steigende Produktionsfähigkeit der Industrieländer, deren Produktionspotential - dazu gehören auch die Arbeitslosen - von der Nachfrageseite her nicht abgefordert? Bei der Einigung Deutschlands haben wir gesehen, daß alles, was im Osten mit neu gedrucktem Geld zusätzlich nachgefragt wurde, ohne Schwierigkeiten aus der Westproduktion bedient werden konnte. Das ist eigentlich ein Phänomen in allen OECD-Ländern, über das genauer nachgedacht werden muß. Trotz der ungeheuren Innovationswelle durch die Mikroelektronik seit 20 Jahren ist das Problem Beschäftigung, sinnvolle Arbeit, nicht nur nicht gelöst worden, sondern es ist immer größer geworden. Meine Einschätzung ist: Wenn diese Ent-

---

\*Zusammenfassung der (stark gekürzten) Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgesprächs am 10. November 1994 in Düsseldorf. Dr. Heiko Geiling ist Hochschullehrer am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover; Dr. Bernd Hof ist Wissenschaftlicher Referent beim Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln; Mechtild Jansen ist freie Journalistin in Köln; Prof. Dr. Karl-Georg Zinn lehrt Volkswirtschaft an der Technischen Hochschule Aachen. Das Gespräch wurde von Jutta Roitsch (Frankfurter Rundschau) moderiert.

wicklung weitergeht, werden wir etwa im Jahr 2010 vor einer, wegen der sozialen Folgen, noch viel schlimmeren Situation stehen. Die Simulationsrechnungen haben das ebenfalls deutlich gemacht: Selbst bei günstigen Annahmen bleibt eine enorme Arbeitslosigkeit bestehen. Ähnliche Szenen ergeben sich für die anderen Industrieländer. Themen wie Standortqualität, Technologie- und Innovationsmangel werden in anderen Ländern zum Teil noch heftiger diskutiert als bei uns. Es handelt sich also nicht um irgendwelche Misere in nur einem Land, es geht um eine OECD-weite Problematik, deren Ursachen zu ergründen sind.

Jutta Roitsch: Herr Geiling, was könnte eine Vorstellung von sinnvoller Arbeit und gutem Leben für alle sein?

Heiko Geiling: Ich möchte das Argument von Herrn Zinn zuspitzen, weil ihm ein normatives Problem zugrundeliegt. Die Extrapolierungen oder Projektionen, von denen wir heute gehört haben, beruhen auf Kategorien, die dem industriekapitalistischen Modell eigen sind. Wenn also von Strukturkrise die Rede ist, dann muß man diese Strukturen wahrscheinlich in Frage stellen. Das normative Problem hegt darin, daß zunächst versucht werden müßte, demokratisch auszuhandeln, was sinnvolle Arbeit oder ein gutes Leben sein kann. Derzeit befinden wir uns in einer gesellschaftlichen Situation, die man als eine Art Moratorium bezeichnen könnte. Die Bundestagswahlen 1994 sind mehr oder weniger unentschieden ausgegangen. Es bewegt sich kaum etwas, klare Perspektiven sind nicht erkennbar. Gleichzeitig stellt man fest, daß sich die gesellschaftlichen Funktionsebenen scheinbar gegenseitig blockieren, so daß auch gesellschaftstheoretische Ansätze und Konzeptionen sich nicht durchsetzen. Die alten Kategorien — die sogenannten Megatrends - sind in sich widersprüchlich. Wie passen zum Beispiel Technologisierung und Ökologisierung zusammen? Geklärt werden müßte, wo Prioritäten zu setzen sind. Das setzt voraus, daß Institutionen sich öffnen, was vielleicht auch eine Generationenfrage ist. Insgesamt ist eine Öffnung der Institutionen, einschließlich der Gewerkschaften, vonnöten, um zunächst diese normative Frage zu klären, um dann entscheiden zu können, welches technokratische Instrumentarium vorhanden ist und welche Konzeption man letzten Endes praktizieren möchte.

Jutta Roitsch: Frau Jansen, ist die Frage nach der Zukunft der Gewerkschaften überhaupt eine Leitfrage, an der man sich abarbeiten kann?

Mechtild Jansen: Das meine ich schon. Wenn von „Arbeit für alle“ die Rede war, dann würde ich dieses alle zunächst auf unsere Gesellschaft beziehen. Es kommt dann darauf an, Voraussetzungen zu formulieren, die sinnvolle Arbeit für alle überhaupt erst möglich machen. Und das wäre keineswegs eine Verlängerung gegenwärtiger Tendenzen. Die Spaltung des Arbeitsmarktes zwischen Frauen und Männern erzeugt ein Heer von moderner Sklavinnen-Arbeit - gehobene und niedrige aller Art - während die attraktiveren, die entwicklungsfähigeren und besser bezahlten Bereiche den Männern vorbehalten bleiben. Bei diesem Modell trifft es sich glücklich, daß die Frauen weiterhin überwiegend die Haus- und Familienarbeit machen können. Wenn es also um sinnvolle Arbeit für alle geht, dann setzt das voraus, daß alle die Chance haben, ihre Existenz eigenständig über Arbeit zu sichern. Dabei ist die gesellschaftlich notwendige Haus- und Familien- oder Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern gerecht aufzuteilen. Auf dieser Basis stellt sich die Frage nach Entwicklungschancen und -Perspektiven für alle sowie nach dem Sinn der Arbeit.

Bernd Hof: Für mich markiert das Prinzip der Individualisierung auch den Weg in eine neue Arbeitsgesellschaft. Es läßt sich doch nicht institutionell oder global demographisch entscheiden, was für den einzelnen sinnvolle Arbeit ist. Insofern teile ich die Sicht von

Herrn Geiling nicht, der sagt, der einzelne könne nicht entscheiden, was sinnvolle Arbeit ist. Ich möchte sagen, das muß der einzelne entscheiden. Aber der Weg von den Institutionen hin zu individualisierten Konzepten ist mühsam. Mir fehlt die Kompetenz, diesen Weg zu beschreiben. Aber sinnvolle Arbeit für alle heißt für mich politisch, daß eine Entscheidung darüber zu fällen ist, wie viele Menschen wir am Standort Bundesrepublik Deutschland zur Vollbeschäftigung führen wollen. Das ist für mich eine brennende Frage, die ich mit einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderungsregel beantworten würde.

Nun zu der Formel: mehr Zeit zum Leben für alle. Auch das ist in einem gesellschaftspolitischen Rahmen individualisiert zu entscheiden. Rahmenfragen sind: Wollen wir wirklich den Ruhestand hinausschieben? Wollen wir wirklich konsequent steigende Frauenerwerbsbeteiligung? Wollen wir wirklich das im Inland verfügbare Arbeitskräftepotential maximal ausschöpfen — etwa zu 85 oder 90 Prozent wie in der ehemaligen DDR? Darüber sind jedenfalls Entscheidungen fällig.

Jutta Roitsch: Stimmen eigentlich in der gesamten Diskussion über den Arbeitsmarkt, über die Zukunft der Arbeit die Ausgangspunkte? Wollen zum Beispiel wirklich alle Frauen bezahlte Erwerbsarbeit? Wollen alle Arbeitszeitverkürzung und mehr Freizeit?

Mechtild Jansen: Man kann wohl im Prinzip sagen, daß alle Frauen erwerbstätig sein wollen - überwiegend allerdings bei kürzeren Arbeitszeiten oder verbunden mit der Möglichkeit zu zeitweiliger Unterbrechung. Doch auch Männer würden, wenn man sie fragen würde, ob sie denn nicht zum Beispiel zeitweise aussetzen möchten, zustimmen. Aber die allermeisten Frauen müssen es und wollen es auch ganz eindeutig, nicht nur wegen des Geldes, sondern weil das ein Teil ihres Lebens ist, eine Sinnerfahrung, ein Kommunikationsbereich, ein Zugang zur Gesellschaft usw. Ich glaube auch, daß viele Frauen und Männer kürzere Arbeitszeiten und mehr Freizeit wollen. Ob sie das bei Gelegenheit auch wahrnehmen, ist eine weitere Frage. Wer einen befriedigenden und einflußreichen Beruf hat, arbeitet, wie wir wissen, auch gerne länger - siehe Politiker und Manager. Faktisch wirken sich Arbeitszeitverkürzungen allerdings vielfach so aus, daß die Männer mehr Freizeit haben, während die Frauen die Haus- und Familienarbeit machen. Es bleibt eine ganz große Crux in der gesamten Arbeitsdiskussion, daß die Haus- und Familienarbeit nach wie vor nicht als gesellschaftlich notwendige und zu bezahlende Arbeit gewertet wird.

Jutta Roitsch: Herr Geiling, möchten die Menschen in der Industriegesellschaft eigentlich immer mehr Freizeit haben?

Heiko Geiling: Diese Frage berührt den Begriff der Individualisierung, und da muß ich Herrn Hof widersprechen, der sagt, daß der einzelne das letzten Endes zu verantworten habe. Das trifft nur insofern zu, als sich der einzelne von Zwängen frei fühlt oder glaubt, diese Zwänge zu beherrschen. Aber wie häufig kommt das vor? Wir verstehen Individualisierung eher im Sinne, daß Menschen Kompetenzerweiterungen in allen Lebensbereichen erfahren haben, allerdings über Traditionen, alltägliche Lebenszusammenhänge und strukturelle Zwänge gebunden bleiben. Diese Zwänge beeinflussen natürlich ihre Entscheidungen ganz erheblich.

Nehmen wir das Beispiel des Tarifmodells bei VW in Wolfsburg. Es führt offensichtlich dazu, daß sich die kleinen Gewerbetreibenden, insbesondere die Handwerksbetriebe, im Umkreis von Wolfsburg darüber beklagen, daß ihre Umsätze zurückgehen, weil wohl ein Teil der VW-Arbeiter die freibleibende Zeit nutzt, etwas dazuzuverdienen. Und zwar wohl deshalb, weil das Einkommen nicht ausreicht. Das deutet auf den erwähnten Zwang hin. Individualisierung, die dem einzelnen tatsächlich die Verantwor-

tung aufbürdet, ist im Grunde genommen die Ideologie des Laisser-faire und führt vielleicht sogar zu sozialdarwinistischen Mechanismen.

Jutta Roitsch: Durch alle Diskussionen des heutigen Vormittags schimmerte durch, daß - wenn man es nur richtig gestaltet, wenn man optimistisch genug ist, wenn man die Politik entsprechend beeinflusst und wenn die Politik die richtigen Instrumente einsetzt - die hochentwickelten Industrieländer von Entwicklungen verschont bleiben, wie sie die Entwicklungsländer und die postsozialistischen Länder kennen, nämlich die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft mit vielen in der Regel schlecht bezahlten Jobs irgendwo im Weichbild des öffentlichen Dienstes und daneben Zweit- und Drittjobs. Herr Zinn und Herr Hof, was halten Sie von der These, daß die hochentwickelten Industrieländer unbeschadet aus dem Prozeß, der sich weltweit abspielt, hervorgehen?

Karl-Georg Zinn: Wir sollten zunächst die Megatrends daraufhin abklopfen, inwieweit sie tatsächlich historische Grundtrends sind, in die man außer durch katastrophale Umbrüche, etwa einen Weltkrieg, nicht eingreifen kann. Daneben werden auch solche Entwicklungen als Megatrends bezeichnet, die durchaus stark politisch beeinflusst werden können. So wurde die Internationalisierung als Megatrend bezeichnet, die, im Unterschied etwa zum technischen Entwicklungsprozeß, sehr wohl politisch beeinflussbar ist, entweder in Richtung auf weltweite Liberalisierung oder auf Protektionismus usw. Wenn man diese Differenzierung vornimmt, bleiben einige wenige historische Grundtendenzen, die auch die absehbare Zukunft prägen werden. Hinsichtlich der politischen Einflußnahmen sind Prognosen schwer, da könnte eine chaostheoretische Erklärung angebracht sein. Wenn es politische Mehrheiten für bestimmte glaubwürdige Programme, die aber auch entwickelt werden müssen, geben würde, ließen sich die Industrieländer vor einer schleichenden Katastrophe bewahren. Geschieht das nicht, werden wir in eine neofeudalistische Situation mit einem neuen Pauperismus, einer daraus resultierenden modernen Form des Vagantentums, der Kriminalität usw. geraten. Die Frage, ob eine derartige Entwicklung wahrscheinlicher ist als eine von vernunftbestimmten Reformen geprägte, läßt sich nur schwer beantworten. Das amerikanische Beispiel stimmt pessimistisch. Aber vielleicht ist die kulturelle Situation in Europa tatsächlich eine andere, so daß andere Mehrheiten und eine andere Politik gefunden werden können.

Bernd Hof: Ich glaube nicht, daß die Industrieländer unbeschadet aus diesem Prozeß hervorgehen werden. Das läßt sich schon an den Veränderungen in Osteuropa ablesen. Dennoch müssen wir unseren Weg weiter gehen. Wir müssen auf Innovationen setzen, und sollten nicht etwa versuchen, beispielsweise mit Tschechien in Lohnkonkurrenz zu treten. Das ließe sich ja gar nicht sozialverträglich gestalten. Heute morgen war in der Diskussion von Angst die Rede. Nach meinem Verständnis von Individualisierung müßten mehr Menschen befähigt werden, strukturelle Veränderungen auch als Chance und nicht nur als Bedrohung zu begreifen und zu erleben. Wenn wir diesen Wechsel nicht schaffen, die Fraktion der Mutigen also nicht gestärkt wird, dann würde mir um den innovativen Modernisierungsweg allerdings bange. Zu diesem Prozeß der Umorientierung gehört zwangsläufig auch ein Stück Marktöffnung für Produkte der weniger entwickelten Länder. Mir wäre im Zweifel lieber, die Produkte kommen, als daß die Menschen kommen.

Jutta Roitsch: Sie sprechen von der „Fraktion der Mutigen“. Wo würden Sie in dieser Fraktion die Gewerkschaften und den DGB ansiedeln?

Bernd Hof: Es sind Institutionen, die aufgerufen sind mitzuhelfen, daß immer mehr Menschen den besagten Wechsel schaffen können. Das paßt durchaus in mein Konzept

der Individualisierung. Die Diskussion um den Produktivitätszuwachs wirkt auf viele bedrohlich, ruft Angst hervor, insbesondere Beschäftigungsängste. Der Januskopf der Produktivität ist altbekannt. In den Vereinigten Staaten wurden unter dem Schlagwort der Revitalisierung die Zeiten von der Produktidee bis zur Umsetzung am Markt verkürzt. Im industriellen Bereich der Vereinigten Staaten läßt sich eine Produktivitätsbeschleunigung feststellen, ganz im Gegensatz zum verarbeitenden Gewerbe in Deutschland. Diese Produktivitätsbeschleunigung war auch wachstumsbeschleunigend, und insgesamt blieb das Arbeitsvolumen davon unberührt. Die Amerikaner sind ihren Weg gegangen, haben die Arbeitszeit verlängert und ein wenig die Beschäftigung abgebaut. Aber über diesen innovativen Weg möchte ich in Deutschland den britischen vermeiden, der Produktivitätsbelegung nur dadurch gebracht hat, daß er die Beschäftigung massiv reduzierte.

Karl-Georg Zinn: Ich habe hier amerikanische Zahlen, wonach das produzierende Gewerbe dort von 1980 bis 1992 2,095 Millionen Arbeitsplätze verloren hat. Der große Zuwachs war bei den Dienstleistungen. Richtig ist also, daß es in den vergangenen vier Jahren enorme Produktivitätsgewinne gab, aber man wird nicht sagen können, das hätte zu einer Stabilisierung der Beschäftigung in der Industrie, in der produzierenden Wirtschaft, geführt.

Bernd Hof: Entscheidend ist, daß in den Vereinigten Staaten das Produktivitätsdilemma angepackt worden ist, und zwar ziemlich hemdsärmelig. In Deutschland gibt es noch nicht einmal eine Diskussion darüber, wie wir aus dem Produktivitätsdilemma herauskommen können. Vermieden werden muß doch, daß wir erst dann zur Tat schreiten, wenn der Leidensdruck so groß ist, daß es nicht mehr anders geht, und dann lösen wir das in Deutschland über die Arbeitszeit, aber ich halte das nicht für sonderlich tragfähig. Ich möchte das Beispiel VW jedenfalls ungern flächendeckend für den IndustrieEen Bereich sehen.

Jutta Roitsch: Noch einmal zur Funktion der Gewerkschaften innerhalb ihres Modells, Herr Hof. Welche Zukunftsaufgabe sehen Sie für die Gewerkschaften?

Bernd Hof: Ich tue mich schwer zu beschreiben, welches deren Auftrag in meinem Modell wäre. Aber wenn in den Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen Mißtrauen und Schuldzuweisungen nicht überwunden werden, erreichen wir die höhere Wachstumsebene nicht. Ich halte es für unabwendbar, daß in den jeweiligen Kompetenzbereichen im Sinne des Ganzen eigenverantwortliches Handeln gestärkt wird. Ich bin mir mit Herrn Geiling darüber im klaren, daß der Weg dahin kein einfacher ist. Richten wir einen Appell an die Bildungspolitik. Richten wir einen Appell an eine Familienpolitik, die ich als Skandal erlebe. Von daher gibt es wieder die Verbindung zur Frauenerwerbstätigkeit. Unser gegenwärtiges Familienkonzept ist nur dadurch möglich, daß es auf dem Rücken der Kinder stattfindet. Solange das nicht grundlegend geändert wird, werden wir uns mit der notwendigen Eigenverantwortlichkeit schwertun.

Jutta Roitsch: An die drei, von denen ich annehme, daß sie sich selbst als gewerkschaftsnah eingruppierten würden: Individualisierung der Gesellschaft und Arbeitsgesellschaft. Müßte nicht eigentlich die Arbeitsgesellschaft das Ziel sein, sondern die Rekonstruktion oder gar Neukonstruktion einer solidarischen Gesellschaft, in der die Gewerkschaften sozusagen für die Vision dieser Gesellschaft zuständig wären?

Heiko Geiling: Vor einigen Tagen hat sich der Berliner SPD-Politiker Walter Momper mit der Bemerkung zurückgemeldet, die SPD dürfe nicht der Betriebsrat Berlins sein. Das zielt auf eine ganz bestimmte Auffassung von gewerkschaftlichen Funktionen, nämlich

auf die, die man als Schutzfunktionen bezeichnen könnte, oder mit anderen Worten: als Ausputzer oder als Caritas der Arbeitswelt. Das vernachlässigt, daß die Gewerkschaft auch immer Gestaltungsfunktion hatte, hat und weiterhin haben müßte. Die Gestaltungsfunktion bedeutet die Notwendigkeit, mit offenen Kategorien an die derzeitige gesellschaftliche Krise heranzugehen und auch für Alternativen offen zu sein. Das schließt ein, daß auch über bisher nicht Vorstellbares, ja sogar Unbotmäßiges, nachgedacht werden muß."

Jutta Roitsch: Herr Zinn, sollten wir statt über ein neues Programm mehr über die Neukonstruktion der solidarischen Gesellschaft debattieren?

Karl-Georg Zinn: Ein Wort zur Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften. Sie unterliegen als Massenorganisationen von Menschen natürlich anderen Regeln und Zwängen als beispielsweise Organisationen von Kapital. Aber bei aller Behändigkeit und Verkrustung haben die deutschen Gewerkschaften stets zentrale Themen aufgegriffen. So hat ein Begriff in der öffentlichen Diskussion seit Anfang der siebziger Jahre Karriere gemacht, der von den Gewerkschaften, und zwar unter einer sehr breiten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion, transportiert wurde: der Begriff Lebensqualität. Es ist doch ganz klar, daß Gewerkschaften bei steigender Arbeitslosigkeit schwächer werden und in immer schwierigere Bedingungen geraten. Dann laufen große Initiativen - ich nenne als Stichwort: Humanisierung des Arbeitslebens - schon deshalb ins Leere, weil man sich ganz auf die alltäglichen Aufgaben konzentrieren muß, was übrigens der Erwartungshaltung an der Basis entspricht. Im Moment nimmt meines Erachtens in allen hochentwickelten Ländern die Angst zu und damit die Gefahr von Panikreaktionen, von irrationalen Radikalisierungen. Diese Phänomene stehen der Emanzipation und einer befreienden Zukunftsentwicklung entgegen. Das hängt wesentlich mit der sich ständig verschlechternden Arbeitsmarktsituation und der Ausstrahlung der Arbeitslosigkeit auf die Noch-Beschäftigten zusammen. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, verkommt viel Konzeptionelles leicht zur sonntagsrednerischen Ideologie.

Mechtild Jansen: Ich weiß nicht, ob das Problem bei Gewerkschaften nicht auch ein Stück im eigenen Kopf ist. Für mich gehören Gewerkschaften nicht zur Fraktion der Mutigen, ganz im Gegenteil. Ich lobe mir auch nicht die Rückständigkeit, es ist eine Katastrophe, und wenn es so weitergeht, können die Gewerkschaften sich verabschieden, wird die weitere Entwicklung ohne sie laufen, werden sie ohne Chance irgendeiner Einflußnahme sein. Was mir bei Herrn Klaunder gefallen hat, war seine Aussage, daß es eine politische Gestaltungsfähigkeit gibt, die man in ihren Ergebnissen allerdings nicht prognostizieren kann. Wenn Gewerkschaften ihre politische Gestaltungsaufgabe nicht mehr wahrnehmen - und sie tun es meines Erachtens nicht, sie glauben nicht einmal mehr daran, daß sie sie überhaupt haben - dann sehe ich darin ein zentrales Problem. Natürlich sind die Gewerkschaften in einer objektiv schwierigen Situation, weil sie vom gesellschaftlichen Prozeß sozusagen nach hinten hinausgeworfen werden. Allerdings orientieren sie sich auch an den Leitbildern von gestern, am männlichen Normalarbeitsverhältnis der Industriearbeit, im Grunde auch noch an der industriellen Massenproduktion. Ihre Organisationsstrukturen stimmen für das, was heute notwendig wäre, überhaupt nicht mehr. Notwendig wäre, daß Gewerkschaften sich erst einmal von ihren eigenen alten Normen verabschieden.

Jutta Roitsch: Ich würde die Diskussion jetzt gerne ins Plenum öffnen.

Regina Görner (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB): Für mich hinterläßt die Diskussion bisher einen etwas unbefriedigenden Eindruck, insbesondere die Debatte über die Rahmenbedingung von Teilzeitarbeit finde ich frustrie-

rend. Natürlich ist es richtig, darauf hinzuweisen, daß es eine ganze Reihe von Faktoren gibt, die Frauen oder Männer veranlassen, bestimmte Wünsche zu äußern. Aber es nutzt ja überhaupt nichts, daß wir uns mit der Tatsache zufrieden geben, daß sie unter Umständen bei anderen Rahmenbedingungen andere Wünsche haben sollten. Wir haben uns doch für die Interessenvertretung der jetzt konkret vorhandenen Mitglieder einzusetzen und können sie nicht auf den Tag verlagern, an dem sich womöglich die Rahmenbedingungen verändert haben.

Die Alternative, daß irgend jemand von uns klüger ist als jene, die im Zweifel mit ihren eigenen Problemen fertig werden sollen, besteht für mich nicht. Deshalb muß man beides tun: die vorgegebenen Bedingungen ernst nehmen und dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen auch durch gewerkschaftliches Handeln verändert werden.

Ulf Imiela (DGB-Bundesvorstand, Sekretariat Angestellte): Im Rahmen der Lean-Management-Debatte erlebe ich zur Zeit häufig, daß Arbeitgebervertreter, Unternehmensberater in den Diskussionen sagen, sie wollten die kreativen Menschen mit mehr Eigenverantwortlichkeit und mehr Dispositionsspielräumen. Praktisch stellt sich dann sehr schnell heraus, daß das doch nur stark eingegrenzt gemeint ist und rasch dort seine Grenzen findet, wo es wirklich um die entscheidenden Zukunftsfragen geht: Was wird produziert, wie wird es produziert, welche Dienstleistungen sollen erbracht werden, welches sind die Rahmenbedingungen dafür?

Die Rolle der Gewerkschaften sehe ich nicht so pessimistisch wie Frau Jansen: Das hängt natürlich damit zusammen, daß ich mittendrin stecke und man selbst nicht gerne zu den Verlierern zählen möchte: Ein Dilemma liegt sicher darin, daß wir es als Gewerkschafter gewohnt sind, das, was an Neuem auf uns zukommt, mit Gewohntem zu vergleichen. Wir müssen uns angewöhnen, nicht so sehr nach rückwärts zu schauen, sondern mehr die Chancen und Risiken neuer Modelle in Betracht zu ziehen.

Michael Sommer (Deutsche Postgewerkschaft): So viele neue Ideen, wie denn die Arbeitsgesellschaft in Zukunft tatsächlich zu gestalten ist, habe ich heute noch nicht gehört. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß an der einen oder anderen Stelle sozusagen gesellschaftspolitisch U-Boot gefahren wird. Ganz nebenbei wurden Thesen in den Raum geworfen, die zu hinterfragen wären. Jenes Bild von einer Arbeitsgesellschaft, das Herr Hof hier gezeichnet hat, teile ich so nicht. Spannend hätte die Debatte beim Stichwort Megatrends werden können. Sind diese behaupteten Megatrends tatsächliche Megatrends? Sind sie unveränderbar, sind sie vollständig, sind sie zu brechen, sind sie zu verstärken? Einer der Megatrends der heutigen Arbeitsgesellschaft ist eine unerhörte Machtkonzentration und Entsolidarisierung. Das ist nicht erwähnt worden. Statt dessen wird ein ideologischer Megatrend aufgebaut, der da lautet: Individualisierung.

Ursula Schumm-Garling (Universität Dortmund): Ich will einen weiteren Megatrend erwähnen: Befragungen von jungen Frauen ergaben, daß sie beides wollen: Kinder, Privatleben und eine befriedigende Berufstätigkeit. Das müßte in der gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Perspektive viel intensiver diskutiert werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt: Im Hinblick auf zukünftige Gewerkschaftspolitik darf die Globalisierung des Kapitals keinesfalls außer Betracht bleiben. Es müssen globale Konzepte der Interessenvertretung von Arbeit entwickelt werden.

Ich möchte schließlich das Individualisierungsthema aufgreifen: Individualisierung bedeutet ja (nach Ulrich Beck) nicht *ausschließlich*, daß die Individuen sich mehr und mehr um sich kümmern, sondern daß die Abhängigkeit des Individuums von gesellschaftlichen Strukturen um so größer wird, je stärker andere Beziehungsnetze, wie z. B.

die Familie, wegfallen. Insofern spielt etwa der Arbeitsmarkt, aber auch das Bildungssystem, die Krankenversorgung usw. eine wichtige Rolle. Die Gewerkschaften tun gut daran, das ins Auge zu fassen und zum Beispiel den traditionellen Arbeitsbegriff, der sich auf die bezahlte Arbeit und den Betrieb bezieht, unter die Lupe zu nehmen. Denn die Grenzen dieses zu organisierenden Bereichs werden immer fließender, und vielleicht wird es ihn in seiner traditionellen Form 2010 gar nicht mehr geben.

Peter Brödner (Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen): Als relativ unstrittigen Punkt habe ich aus der heutigen Debatte die Innovations- und Modernisierungsinitiative, die Stärkung der Mutigen, herausgehört. Da Hegt, denke ich, ein springender Punkt: Wir haben nämlich unsere Innovationsfähigkeit sozusagen strukturell zerstört. Das gilt auf allen Ebenen: auf der betrieblichen wie auf der Ebene der Institutionen, der Bildungseinrichtungen, der Tarifparteien und der Politik. Nehmen wir den Betrieb: Ich habe mit angehaltenem Atem verfolgt, wie schnell und scheinbar bruchlos plötzluch der „Mensch im Mittelpunkt stand“. Schaut man genauer hin, dann hat sich nur die Pjietorik geändert, von wenigen schönen Einzelfällen abgesehen. Die Praxis ist nach wie vor die alte, weil herkömmliche Denk- und Handlungsmuster uns daran hindern, uns dieser Frage angemessen zu nähern. Deswegen plädiere ich dafür zu fragen, was uns eigentlich in die Krise geführt hat. Das ist nur scheinbar ein Rückbezug auf die Vergangenheit, für mich ist das entscheidend, um überhaupt zukunftsfähig zu werden.

Hans Jürgen Urban (Industriegewerkschaft Metall): Ein Defizit der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte liegt meines Erachtens darin, daß uns wohl ein paar zentrale Begriffe der Analyse abhanden gekommen sind, was verhindert, daß wir zu produktiven Konzepten gelangen. Es sind schrecklich traditionelle Begriffe wie „wirtschaftliche Interessen“, „gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen“ und „politische Durchsetzungsbedingungen“. Sie haben etwas mit Macht zu tun. Den Gewerkschaften wird vorgeworfen, daß sie viele Zukunftsfragen nicht rechtzeitig aufgegriffen hätten. Es gibt Beispiele dafür, daß die Gewerkschaften es durchaus versucht haben, aber gescheitert sind, weil sie die gesellschaftlichen Durchsetzungsbedingungen nicht hinreichend berücksichtigt haben. So hat die IG Metall mit dem Konzept Tarifpolitik 2000 versucht, direkte Mitbestimmung des einzelnen mit kollektiver Interessenvertretung durch den Betriebsrat und gewerkschaftlicher Mitbestimmung zu verknüpfen. Das ist nicht nur auf die knallharte Ablehnung der Arbeitgeber gestoßen, sondern auch von linken Gewerkschaftskritikern, die darin einen Verrat an den Interessen der Arbeitslosen erkannten. Gescheitert ist das Ganze schließlich einmal an der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben, was viel mit Herrschaftswelten zu tun hat. Zum zweiten ist es an der Dynamik der Mechanismen des Wirtschaftssystems gescheitert, in dem wir leben. Denn wenn ein Gestaltungskonzept für ein bestimmtes Feld fertig ist, brechen bereits anderswo die Entwicklungen weg. Wenn man aber Diskussionsprozesse braucht, um Konsens oder Mobilisierung als Voraussetzung für gesellschaftliche Bewegung zu entwickeln und durchzusetzen, dann benötigt man Zeit. Unsere größte Schwierigkeit Hegt infolgedessen in der Vielzahl von Problemen, die es gleichzeitig zu lösen gilt. Das ist angesichts der Durchsetzungsmöglichkeiten von Gewerkschaften kaum zu leisten.

Gerhard Leminsky (Hans-Böckler-Stiftung): Mir ist bisher nicht ganz klar geworden, wohin die gewerkschaftliche Programmdiskussion zielt; Programm hat doch etwas mit Politik und Strategie zu tun. Wenn hier vornehmlich von Megatrends die Rede war, dann ist das so hoch angesetzt, daß die politischen Akteure daraus kaum entnehmen können, wie das in Politik transformierbar ist. Es ist gesagt worden, unser Thema sei das Jahr 2010 und nicht die aktuelle Lage. Meines Erachtens beginnt die Zukunft morgen. Von daher müssen wir doch Vorschläge entwickeln, die auf konkrete Schritte zielen. Wenn ich allerdings einerseits die großen Trends nehme, die, wie Oswald von



Nell-Breuning zu sagen pflegte, alle nicht ganz falsch sind, mich andererseits auf das Jahr 2010 beziehe, dann entwickle ich sozusagen eine strukturell nicht-politische Diskussion. Ich habe nämlich keine Möglichkeit, auf diesen Trends eine Strategie aufzubauen. Deshalb plädiere ich dafür, bei den Akteuren anzusetzen und zu fragen: Was können die Gewerkschaften, die Betriebsvertretungen leisten, was ist mit Tarifpolitik zu erreichen, welche Instrumente kommen in Betracht? Sicher muß man sich auch mit so uralten Fragen wie der nach der Machtverteilung auseinandersetzen. Da ist tatsächlich einiges in schönen technischen Formulierungen versteckt. Zweifellos ist auch nach der Rolle des Staates zu fragen - etwa im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit. Mit welchen öffentlichen Möglichkeiten kann was auf den Weg gebracht werden? Wie man die inhaltliche Politikformulierung mit dem Umsetzungsprozeß verknüpft - darüber wird mir im Augenblick bei dieser Programmdiskussion noch viel zu wenig geredet.

Es wird ständig nach neuen Ideen gerufen. Ich frage mich manchmal, ob nicht manches längst in Modellfällen, in praktischen Entwürfen, wenn auch zum Teil in kleinem Maßstab, vorhanden ist. Leider wird es nicht als Strategie begriffen. In vielen Betrieben werden - oft aus der Not geboren - völlig neue Kombinationen ausprobiert, ungewohnte Mischungen von Kooperation und von Konflikt, unbekannte Auseinandersetzungen, Lösungen. Sicher muß eine Programmdebatte unter mittel- und längerfristigen Aspekten geführt werden, aber sie muß gleichzeitig viel stärker an den konkreten Problemen, die wir heute haben, anknüpfen, um politikfähig zu sein.

Johann Welsch: Im Zusammenhang mit der Frage danach, was sinnvolles Arbeiten und Leben sein kann, ist es entscheidend, daß man dem einzelnen möglichst viele Wahlmöglichkeiten eröffnet. Dazu gehört natürlich auch die Option für bezahlte Erwerbsarbeit. Auch wenn man diese relativ gleichmäßig verteilen würde, bliebe die Frage der gesellschaftlich notwendigen, aber unbezahlten Arbeit ungeklärt. Sie ist meines Erachtens nicht über die Bezahlung von Haus- und Familienarbeit zu lösen. Entscheidend ist vielmehr, ob es gelingt, historisch gewachsenes Rollenverhalten zu verändern und zu einem neuen Leitbild von Arbeit, d. h. bezahlte und unbezahlte Arbeit, zu kommen. Ich sehe keinen Gegensatz zwischen der solidarischen Gesellschaft und der Arbeitsgesellschaft. Eine solidarische Arbeitsgesellschaft könnte die gegenwärtigen Spaltungstendenzen zweifellos abwenden, wenn sie einen neuen Arbeitsbegriff und den dazugehörigen gesellschaftlichen Kompromiß fände. Das ist allerdings nicht allein eine Aufgabe der Gewerkschaften.

Deren Strukturen, davon war schon die Rede, bröckeln. Und wenn sie nicht in den nächsten zwanzig Jahren angepaßt werden, wird es die Gewerkschaften in dieser Form nicht mehr geben. Dabei wird es von großer Bedeutung sein, ob sie ihre traditionelle Betriebszentriertheit beibehalten, weiter auf die Säule Betrieb vertrauen können. Oder kommt es zu einer breiten Auflösung von Arbeitsformen, die wir heute gewohnt sind?

Reinhard Doleschal (Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen). Wenn der Eindruck aufkommen sollte, daß die mangelnde Modernisierung in den Betrieben darauf zurückzuführen sei, daß die Gewerkschaften dort zu wenig Gestaltungsmacht hätten, ist das ein Irrtum. Für die Wettbewerbsfähigkeit sind doch in erster Linie Mittel- und Top-Management zuständig. Entscheidend ist, wie sie und die anderen im Betrieb miteinander umgehen. Ich habe den Eindruck, daß in vielen Betrieben nicht die Modernisierer, sondern die Blockierer das Sagen haben, die nach dem Motto verfahren: „Das haben wir schon immer so gemacht.“ Die schon erwähnten „Mutigen“ sind im Management ebenso rar wie unter den Betriebsräten und den Gewerkschaften. Die Lücken zwischen Leitbildern, Diskussionen am „grünen Tisch“ und Praxis sind riesengroß.

Bernd Schutt (Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden): Es kann nicht sein, daß die Gewerkschaften auf die Rolle der Caritas in den Betrieben beschränkt werden und bei den Gestaltungsfragen, die immer auch Machtfragen sind, außen vor bleiben. Das hätten die Arbeitgeber ganz gern. Wenn das nicht gelingt, dann kann die Konsequenz nur lauten, daß die Konfliktfrage gestellt wird.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen (DGB-Bundesvorstand, Sekretariat Vorsitzender): Ich warne davor, die Programmidebatte zur Kapitalismuskritik auszuweiten: In der betrieblichen Praxis, in der Praxis der Gewerkschaften kommt so etwas wie fundamentale Kapitalismuskritik nicht vor. Ich mache das an einem Beispiel deutlich: Wir haben von der Bundesvorstandsverwaltung neulich allen Hauptvorständen der Gewerkschaften einen Bericht der Monopolkommission zugeschickt, in dem es um die erhebliche Verflechtung ökonomischer Macht in der Bundesrepublik geht. Keine einzige Gewerkschaft hat geantwortet. Alle sind vollauf damit beschäftigt, die zum Teil schmalen Handlungskorridore der sozialen und ökologischen Gestaltung zu suchen und zu finden. Man sollte also die Kirche im Dorf lassen und keine Programmdebatte führen, die mit dem, was betriebliche Praxis ist oder was wir unseren Mitgliedern abverlangen, wenig zu tun hat. Wir sollten weniger die Endzeitvision an die Wand malen und mehr zum Beispiel über tatsächlich mögliche Kooperation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden nachdenken. Wir müssen bei der Programmdebatte auch die Bedürfnisse derer ansprechen, die wir als Mitglieder gewinnen wollen: Jugendliche, Frauen, qualifizierte Angestellte. Wir dürfen sie nicht nur als Objekt von Strategien oder gesellschaftlicher Kritik sehen, sondern müssen ihre Wünsche ernst nehmen. Und diese Wünsche sind vielfältig und widersprüchlich. Alles in allem: Zwischen dem, was die Gewerkschaften wollen und dem, was ihre Mitglieder wollen, sollte weitgehende Identität bestehen.

Burchard Bösche (Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten): Ich glaube, wir leiden darunter, daß - mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Arbeiterbewegung - die Gewerkschaften in einem Maße Hoffnungsträger geworden sind, das sie weit überfordert. Gewerkschaften sind aber in erster Linie kollektive Selbsthilfeorganisationen, sie organisieren den kollektiven Verkauf von Arbeitskraft. Dabei waren sie bisher außerordentlich erfolgreich, deshalb kann ich die große Katastrophe der Gewerkschaften, von der hier die Rede war, nicht erkennen. Neu an der gegenwärtigen Situation ist, daß trotz anhaltender Massenarbeitslosigkeit die gewerkschaftliche Organisation zumindest in Deutschland relativ stabil geblieben ist. Damit will ich nicht sagen, daß wir auf sicherem Eis gehen. Deswegen ist das, was bis zum Jahre 2010 geschieht, außerordentlich wichtig. Die Fähigkeit der Gewerkschaften, kollektiv Arbeitskraft zu verkaufen, muß zweifellos erhalten bleiben, auch wenn es Tendenzen gibt, die sie in Frage stellen, gefährden und untergraben. Was geschieht, wenn das nicht mehr gewährleistet ist, kann man an den Beispielen Großbritannien und Frankreich studieren. Das sind gewaltige Gefährdungen des Urbestands gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit. Es ist beklagt worden, daß es unbezahlte Arbeit gibt, bei der Menschen erheblich benachteiligt werden. Dem setze ich provokativ einen alten gewerkschaftlichen Grundsatz entgegen: Huf dir selbst, dann hilft dir die Gewerkschaft! Das heißt: Wenn du ein Problem hast, organisiere dich, vertrete deine Interessen und tue dich mit Gleichgesinnten zusammen. Aber an diejenigen, die sich für ihre Interessen organisiert haben, heranzutreten und ihnen zuzumuten, andere Interessen, die entweder nicht organisationsfähig oder nicht organisationswiHig sind, zu berücksichtigen, ist unmöglich. Jedenfalls können die Gewerkschaften so wie sie heute sind und wie sie wahrscheinlich in absehbarer Zukunft bleiben werden, nicht leisten.

Michael Wendl (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr): Wer Gewerkschaften nur als kollektive Organisation der eigentumslosen Besitzer von Arbeitskraft definiert, der verkürzt sie auf ihre Schutzfunktion. Und wer den Hinweis auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit als akademische Kapitalismuskritik abtut, verkennt ihre Gestaltungsfunktion. Das größte Problem der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre ist meines Erachtens, daß sie diese Gestaltungsfunktion weitgehend preisgegeben hat. Ist denn zum Beispiel alles, was unter den Titeln Innovation, Modernisierung, Flexibilisierung, Deregulierung läuft, wirklich Fortschritt oder nicht vielmehr Rückfall in eine nicht-soziale und politisch deregulierte Gesellschaft? Meine Frage an alle die, die sich als Modernisten fühlen, weil sie mit dem Zeitgeist mitmachen: Ist das wirklich die zukünftige moderne Gesellschaft, die gegenwärtig entwickelt wird?

Gabi Schmidt (Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann, NRW): Viele Gewerkschaftsmitglieder sehen nur noch die aktuellen Kleinarbeiten, wissen aber nicht, wohin ihre Interessenorganisation generell will. Über dieses Defizit müssen wir nachdenken. Ich finde es falsch, die sogenannte Kapitalismuskritik zu tabuisieren.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen: Ich habe bewußt von ökologischer und sozialer Modernisierung gesprochen, also von Gestaltung. Ich warne lediglich davor, eine Programmdiskussion zu führen, die dem, was Gewerkschaften in der Praxis tun, nicht entspricht. Eine Programmdiskussion muß uns doch auch dazu bringen, einen Begriff von unserer Praxis zu bekommen. Die Bedürfnisse und Interessen unserer Mitglieder sind die objektiven Rahmenbedingungen für unsere Politik.

Michael Sommer: Wir sind uns wohl einig, daß die Arbeitsgesellschaft im Jahre 2010 eine kapitalistische sein wird. Daraus ergibt sich die Frage, wie die Gewerkschaften zu dieser Arbeitsgesellschaft stehen werden, und zwar quantitativ wie qualitativ. Eine programmatische Leitfrage für mich wäre: Wie kann in einer solchen Arbeitsgesellschaft überhaupt das notwendige Maß an Erwerbsarbeit geschaffen werden?

Ein anderer Punkt: Es ist richtig, daß die Gewerkschaften organisatorischen und programmatischen Modernisierungsbedarf haben. Aber die Behauptung, Mitgliederverluste seien auf programmatische oder ideologische Rückständigkeit zurückzuführen, stimmt einfach nicht. Der größte Teil unserer Mitgliederverluste geht auf Arbeitsplatzverluste zurück.

Jutta Roitsch: In der Abschlußrunde sollte noch einmal die Kernfrage behandelt werden, wie die Gewerkschaften überlebensfähig, kompromißfähig bleiben können.

Bernd Hof: Auf diese Frage kann ich nicht antworten. Ich möchte zu drei Stichworten, die gefallen sind, etwas sagen: Macht, Individualisierung, Mitbestimmung. Ich fühle mich mit meinem Konzept der Individualisierung auf einem gefestigten Megatrend, weil ich der Überzeugung bin, daß alte Machtstrukturen zerfallen. Nehmen Sie als Beispiel die Kirchen, die Gewerkschaften, die Verbände. Dem Konzept der Individualisierung möchte ich das des eigenverantwortlichen Tuns hinzusetzen. Damit meine ich folgendes: Es geht nicht an, daß bei Investitionsentscheidungen mitbestimmt wird. Das ist allein Sache dessen, der die Investition zu verantworten hat. Mir geht es vielmehr um die Eigenverantwortlichkeit auf den jeweiligen Stufen. Beim Thema Innovation sollten wir die ordnungspolitischen Scheuklappen der sechziger Jahre langsam ablegen. In Japan und in den USA versuchen Staat und Wissenschaft gemeinsam, Probleme — zum Beispiel die Globalisierung der Märkte — zu bewältigen, jeder in seiner Kompetenz. Das hat nichts mit Sozialromantik oder Zukleistern zutun, sondern mit der Auseinandersetzung verschiedener Standpunkte und Sichtweisen. In Amerika fehlen die Gewerk-

schaften in diesem Konzept. Aber das betrifft ihre Aufgabe, zu der ich nichts weiter sagen will.

Im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit weise ich darauf hin, daß ein Teil davon schlicht und ergreifend zuwanderungsbedingt ist. Diese Wahrheit sollten wir uns zumuten, damit wir therapeutisch nicht in die falsche Richtung laufen.

Karl-Georg Zinn: Eigenartigerweise findet man heute unter denen, die Wachstum befürworten, niemanden, der der Meinung ist, es ließe sich noch einmal so viel Wachstum erzielen, daß dadurch Vollbeschäftigung erreicht werden kann. Das Wachstumskonzept ist als beschäftigungspolitisches Konzept offensichtlich explizit oder stillschweigend allgemein nicht mehr akzeptabel. Wenn dem aber so ist, sehe ich keine Alternative zu einer situationsgerechten Arbeitszeitverkürzung. Das heißt nicht, daß nicht Wachstum erzeugt werden sollte, könnte, wobei sich heute natürlich manche Fragen stellen. Zum Beispiel die, ob wir unter Umweltaspekten noch alles machen wollen oder dürfen. Auch der Wohlstandsaspekt, der zusätzliche Wohlstandsgewinn aus Wachstum, scheint mir bedenklich oder fraglich. Das ist heute anders zu beurteilen als in den fünfziger oder sechziger Jahren. Wachstumsmöglichkeiten sehe ich dort, wo die Umwelt, die sozusagen seit hundert Jahren zerstört wurde, saniert oder geschützt werden muß. Aber das ist kein langfristiges Zukunftsprogramm. Deshalb müssen die Arbeitszeitverkürzungen mit bestimmten umverteilungspolitischen Eingriffen verbunden sein. Ich sage das ohne Spezifizierung, aber die Richtung ist klar. Dagegen kommt der berechtigte Einwand, daß sich bei nationalen Ansätzen angesichts der hohen internationalen Verflechtung die Konkurrenzfrage stellt. Darum kann man sich nicht herummogeln. Dafür gibt es nur zwei Lösungen: Entweder man schafft eine internationale Koordination, wofür es eigentlich vernünftige Argumente gibt, weil in allen Industrieländern ähnliche Probleme vorliegen. Wenn dazu aber die Einsicht oder der politische Wille fehlt oder der nationalistische Egoismus zu groß ist, dann muß man auch über sinnvolle protektionistische Maßnahmen nachdenken. Das ist zwar nur die fünftbeste Lösung, aber sie ist immer noch besser als anhaltende Massenarbeitslosigkeit mit all ihren sozialen und gesellschaftlichen Folgen.

Heiko Geiling: Mich wundert, daß in der vergangenen halben Stunde ideologische Fragmente wie kleine Ufos durch den Raum geschwirrt sind. Da war zum Beispiel der Gegensatz Kapital - Arbeit. Junge Leute würden das wohl insgesamt als Verschmutzungsindustrialismus bezeichnen, egal ob es im Osten oder Westen vonstatten ging. Bei der Programmdebatte sollte die Betonung auf dem zweiten Teil des Begriffs liegen: Debatte. Ein diskursives Element könnte die autoritative Ausstrahlung eines Programms mildern und den Umgang mit jüngeren Leuten und anderen wichtigen Zielgruppen erleichtern. Auch der Mythos der gewerkschaftlichen Einheit, der zum autoritären Syndrom eines Programms paßt, scheint noch nicht richtig abgelegt zu sein. Es ist das Argument aufgetaucht, daß Gewerkschaften aus sich heraus kaum noch Innovationspotentiale hätten. Dabei fiel mir der Atomenergiekonsens zwischen politischen Parteien, Verbänden und auch Gewerkschaften ein, der vor ungefähr zwanzig Jahren geschlossen wurde. Die Alternativbewegungen der Grünen haben bis heute nicht richtig Anschluß an gewerkschaftliche Diskussionszusammenhänge, geschweige denn an gewerkschaftliche Organisationszusammenhänge gefunden. In dieser ausgrenzenden Situation liegen Ursachen dafür, daß es an Innovationspotential der Gewerkschaften fehlt. Vielleicht hat es auch etwas zu tun mit besagten ideologischen Fragmenten, wobei jeder weiß, daß Gewerkschaften Realpolitik betreiben und betreiben müssen, bei der Ideologie im Grunde genommen immer nur hinderlich ist.

Den Megatrend der Entsolidarisierung gibt es nicht. Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so viel an Sensibilität für gesellschaftliche Probleme, es hat noch

nie so ausgebaute soziale Netzwerke, Selbsthilfeorganisationen, auch gerade bei jüngeren Leuten gegeben, wie heute. Diese Bedürfnisse oder auch diese Kultur, die sich dort entwickelt hat, kann sich in dem, was als geronnene Gewerkschaftsorganisation übrig geblieben ist, nicht wiederfinden. Sie treffen auf den bevormundenden Mief im alten klientelistischen Modell der Arbeiterbewegung.

Mechtild Jansen: Alles, was ich sage, sage ich unter der Voraussetzung, daß die Gewerkschaften, wie ich selber, nach wie vor der emanzipatorischen Idee verpflichtet sind, daß sie eine Selbstorganisation für diejenigen sind, deren Existenz vom Verkauf ihrer Arbeit abhängig ist. Wenn ich diese Prämisse nicht mache, kann ich meines Erachtens Gewerkschaften insgesamt in Frage stellen. Den Anspruch, daß Gewerkschaften den Sinn der Arbeit und das gute Leben garantieren sollen, halte ich allerdings für ein bißchen zu hoch angesetzt. Ich glaube nicht, daß Politik Sinn verschaffen kann. Arbeit strukturiert nach wie vor auf zentrale Weise das Leben. Deshalb bedarf es, angesichts des Wandels der Industriegesellschaft, eines neuen Arbeitsbegriffs, der nicht zuletzt die Reproduktionsarbeit einbezieht und dem Gedanken der Gerechtigkeit folgt. Die Aufforderung von Burchard Bösche: „Hilf dir selbst, dann hilft dir die Gewerkschaft“ finde ich ein starkes Stück. Denn die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung und die Frauenbewegung haben den Gewerkschaften in der Tat unglaublich geholfen. Allerdings sind diejenigen, die in diesen Bewegungen für eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften plädiert haben - ich übertreibe jetzt -, ungefähr halb totgeschlagen worden. Ich verstehe den Ausspruch dahingehend, daß alles so weitergehen soll wie bisher. Das wäre die Fortschreibung von Interessenvertretung eines sicherlich relevanten und zentralen Teils von männlicher Gesellschaft. Wenigstens müßte sich herumgesprochen haben, daß das traditionelle Modell der Industriearbeit auf der Ehefrau fußt, die zu Hause die Haus- und Familienarbeit macht. Daß das nie in das Arbeitsverständnis einbezogen wurde, das auch die Gewerkschaften elementar geprägt hat, ist ein Konstruktionsfehler. Ich bleibe dabei: Es gibt einen tiefen Vertrauensverlust gegenüber den Gewerkschaften. Als Antwort bedarf es einer Demokratisierung, die viel weiter geht, als das hier angedeutet wurde. Wir brauchen eine radikale Öffnung von Gewerkschaften, auch gegenüber denen, die im Moment nicht organisiert oder gar abgestoßen sind, eine umfassende Demokratisierung nach innen wie nach außen.